

Bundesregierung muss handeln!

Zu den vorliegenden Ergebnissen der Steuerschätzung erklärt die Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, **Monika Heibold**:

Die regionalisierte Steuerschätzung für Schleswig-Holstein wird erst am kommenden Montag vorliegen. Schon jetzt ist aber absehbar, dass die Entwicklung der Steuereinnahmen für Bund, Länder und Kommunen dramatisch ist. Fehler bei der Körperschaftsteuer, eine zu niedrige Erbschaftsteuer und überhöhte Subventionen führen dazu, dass die öffentlichen Haushalte auch in diesem Jahr erheblich defizitär sind.

Wir fordern die Bundesregierung dringend auf, dass soziale Sicherungssystem grundlegend zu reformieren, indem unter anderem durch höhere Mehrwertsteuern die Lohnnebenkosten drastisch gesenkt werden. Die Beschäftigung von ArbeitnehmernInnen darf nicht länger mit einer Art „Strafsteuern“ belastet werden.

Außerdem erwarten wir, dass beim „enger Schnallen des Gürtels“ auch an die Wohlhabenden in unserer Gesellschaft gedacht wird.

Wenn wir die genauen Zahlen für unser Bundesland haben, werden wir mit der SPD über Lösungsmöglichkeiten beraten. Unser Interesse ist es, dass sich unsere Schwerpunkte „Arbeit, Bildung, Umwelt“ trotz der schwierigen Finanzsituation auch weiterhin im Landeshaushalt widerspiegeln.
